

Der Maler

Organ des Verbandes der
Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

<p>Er erscheint Sonnabends Abonnementpreis 1,50 M pro Quartal bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 M.</p>	<p>Schriftleitung und Geschäftsstelle: Hamburg 26, Klaus-Groth-Strasse 1, 1. Stock Fernsprecher: Nordsee 8246</p>	<p>Postcheckkonto: Vermögensverwaltung des Verbandes Hamburg 11598</p>
---	---	--

Die Internationale an das Weltproletariat.

Erinnert Euch an die Zeit, als der große Krieg begann! Blickt zehn Jahre zurück! Erinnert Euch vor allem an die ersten Tage und Wochen, wo Ihr noch nicht wußtet, was Ihr später in Schmerzen und Qualen erfahren habt! Erinnert Euch an die Begeisterung für den Krieg die in jenen Tagen die Massen ergriff! Erinnert Euch, mit wie vollendeter Kunst sie von den Zeitungen in allen Ländern geschürt wurde!

Nach einem Menschenalter Frieden in Nord-, West- und Mitteleuropa begriffen die Massen zunächst gar nicht, was ihnen drohte. Überall glaubten sie ihren Zeitungen, daß ihr Land das angegriffene sei, überall operierten die Generalstäbe mit der Entflammung des Solidaritätsgefühls zur Verteidigung. Aber darüber hinaus erschien der Krieg als ein neues, großes Erlebnis, und nur zu gern glaubten die Menschen den Lügenmärchen, daß er ein Helfer in allen ihren Nöten sein könne. Aus dem Krieg sollte Glück und Wohlstand herbeigehen, ja sogar die Abnahme der Arbeitslosigkeit wachte man zu prophezeihen. Erinnert Euch an eure Arbeitsbrüder, die damals von der Welle des Hurrapatriotismus mitgerissen wurden und prüft Euch im stillen Kämmerlein, ob Ihr nicht selbst zu denen gehört habt, die dem Kriegsrusch erlegen sind!

Nicht um Euch zu tadeln, nicht um Euch zu kränken, erinnern wir Euch an die damalige Kriegsbegeisterung, sondern um Euch zu fragen, ob solch unheilvolles Nichtverstehen noch einmal vorkommen darf.

Die Wirklichkeit des Krieges hat den Menschen bald die Augen geöffnet. Wo der blutgierige Moloch seinen Fuß hinsetzte, da war es vorbei mit der Begeisterung, da erfüllte lähmendes Entsetzen das Volk, da hörte man Wehklagen, da gab es Leiden und Not von nie gekannter Härte. Das erste Opfer war das unglückliche Belgien. Sofort mit Kriegsbeginn hat es die Barbarei des Krieges mit allen ihren Grauein und Schrecken zu fühlen bekommen. Wenige Tage später offenbarte sich das wahre Gesicht des Krieges auch im Osten. Zehntausende und aber Zehntausende von Frauen, Kindern und Greisen bewegten sich in wilder Flucht von den österreichisch-russischen Grenzen ins Innere ihrer Länder. Gebiet nach Gebiet wurde vom Unheil ergriffen; Ruinen neben Ruinen, Gräber neben Gräbern entstanden. Nordfrankreich, Serbien, das östliche Polen wurden zu Wüsteneien. Paris erbebte unter dem Donner der Geschütze; in London sicherte man die unerforschbaren Kunstschätze in den tiefsten Kellern vor den Bomben der Flieger; die allberühmte Kathedrale von Reims wurde beschossen und Königsberg, die Stadt des Philosophen Kant, verwüstet. Und wie am Lande so zur See tobte die Zerstörungswut, hielt der Tod Ernte gleichermaßen unter kämpfenden Soldaten und der nichtkämpfenden Zivilbevölkerung. Hunderttausende bedeckten die Schlachtfelder, fanden den Tod in den Meeren; immer gefährlicher wurde die Geißel der Seuchen. Ganz Europa nagte am Hungertuch; am ärgsten war die Lebensmittelnot in Deutschland und Österreich, wo die planmäßige Blockade immer entseßlichere Wirkungen hervorbrachte. Kraftlose Männer, dahinsiechende Frauen, sterbende Kinder, das war die Form der Not in den Ländern, die von dem unmittelbaren Schrecken des Schlachtfeldes verschont waren. Von Land zu Land, von Weltteil zu Weltteil sprang die Kriegesfurie. Asien, Afrika, Amerika wurden immer tiefer in das Unheil verstrickt. Aber noch immer ertönten die Jubelhymnen an den Orten, die fern vom Schuß waren. Und dieser Gegensatz von Kriegsbegeisterung und Kriegsjammer währte durch den ganzen Krieg, wenn auch das Gebiet des Jammers immer größer, das Gebiet der Begeisterung immer kleiner wurde.

Erinnert Euch an das, was war! Und antwortet auf die Frage: Darf solch verbrecherischer Wahnsinn noch einmal geschehen?

Millionen ruhen in den Gräbern; Millionen Krüppel leben unter uns; Millionen Kinder werden ihr Lebenlang den Stempel der „großen Zeit“ tragen; Millionen sind arbeitslos; Millionen darben und hungern. Noch sind die Ruinen nicht aufgebaut, noch ist die Wirtschaft nicht im Gange; noch sieht jeder, der sehen will, die Verheerungen des Krieges.

Aber schon wagen sich die Kriegshörer wieder hervor. Sie spekulieren auf die Vergleichenheit der Menschen. Ludendorff und Poincaré wurden in diesem Jahre bei den Wahlen geschlagen. Aber täuschen wir uns nicht: je

mehr Zeit vergeht, um so leichter wird es wieder, Kriegsstimmung zu erzeugen. Und daher rufen wir Euch auf, benützet dieses Gedächtnisjahr des Kriegsbeginns, um die Erinnerung zu weden an alle Greuel, die wir erlebt, um das Bewußtsein zu festigen, daß nie wieder Krieg sein darf!

Aber das Gefühl des Abscheues vor dem Kriege genügt nicht; die Völker müssen zur Erkenntnis der Ursachen der Kriege kommen, um sie zu beseitigen.

Die ganze Welt weiß heute, wie im Kronrat zu Wien bereits Anfang Juli 1914 der Plan der Kriegsstiftung beschloß, wie Wilhelm II. zum Komplizen und bald zum Haupt der Verbrecherbande wurde, die mit kalter Berechnung die Lunte ans Pulverfaß legte. Wir wissen, daß der Krieg das unausweichliche Resultat der imperialistischen Politik war, die die kapitalistischen Staaten seit einer Generation gemacht haben, und es besteht für uns kein Zweifel, daß auch der russische Zar — dessen Generalstab als erster die allgemeine Mobilisierung anordnete —, daß Herr Poincaré und nur allzu viele andere „Staatsmänner“ desselben Verbrechens fähig gewesen wären, sobald sie den „günstigen Zeitpunkt“ für gekommen erachtet hätten.

Und deshalb genügt es uns nicht, die Verbrecher, deren Schuld in ihren eigenen amtlichen Dokumenten zweifelsfrei festgelegt ist, zu verfluchen, sondern wir müssen eine Weltordnung beseitigen, die immer wieder Kriegsverbrecher erzeugt, die uns ständig mit allem Unheil der Barbarei bedroht.

Ebenso groß wie das Verbrechen der Kriegsstiftung war das Verbrechen der Kriegsverlängerung. Der Gedanke der Verteidigung wurde von allen Kriegführenden vertrat. Aus der Parole der Abwehr des Feindes wurde früher oder später in jedem Land der Ruf nach dem militärischen Sieg! „Alle wollten den Krieg fortsetzen bis zur Sicherung der Beute. Man sprach von dem „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ und dachte an Annektionen, an die Eroberung von Kolonien. Das große Geschäft ist den Zentralmächten mißlungen, die Alliierten haben es gemacht.

Während des Krieges verkündete man, daß gekämpft wurde, damit dieser Krieg der letzte, Krieg sei. Wir sehen jedoch, daß der Militarismus immer neue Kraft gewinnt. Den Besiegten ist es zwar verboten, aber unter den ehemals verbündeten Siegern kommt das Wettrennen zu nie gekannter Blüte. Und damit bleibt die Gefahr kriegerischer Explosionen so groß wie nur jemals.

Im Krieg verkündete man, daß sein Ergebnis der Völkerbund sein werde, der künftig Kriege unmöglich machen werde. Aber wie weit entfernt ist die Organisation, die heute diesen Namen trägt, von der Verwirklichung des großen Gedankens der friedlichen Organisation der Welt. Wir fordern, daß in den Völkerbund alle Staaten aufgenommen werden, daß er ein Instrument der Völker und nicht der Regierungen werde. Wir wollen keine Gelegenheit der Verständigung unbenützt und unversucht lassen. Aber wir wissen: das kapitalistische Interesse kommt immer wieder in Widerspruch mit der friedlichen Organisation der Welt. Und daher wird die Kriegsgefahr bestehen, solange die kapitalistische Gesellschaftsordnung besteht.

Wir wollen arbeiten gegen die Kriegesgehungung, gegen die Geheimdiplomatie, für allgemeine Abrüstung, für friedliche Verständigung und internationale Schiedsgerichte; wir wollen alle Kräfte organisieren in unsern Gewerkschaften und Genossenschaften, in unsern politischen Organisationen, in den Parlamenten, in den Institutionen des Völkerbundes und überall, wo wir uns geltend machen können. Wir wollen uns international zusammenschließen, um den internationalen Abwehrkampf in allen Formen bis zum Generalstreik vorzubereiten. Aber wir wissen, daß alles dies nur die Kriegsgefahr einschränkt, sie nicht beseitigt.

Solange der ungeheuerliche Machtapparat des Militarismus besteht, solange kapitalistische Mächte die Möglichkeit haben, diesen Machtapparat in Bewegung zu setzen, solange werden die arbeitenden Menschen das Opfer von Kriegen sein. Rühmliche Gewalt, ökonomischer Druck und nicht zuletzt zielbewußte Stimmungsmache für den Krieg werden den Massen immer wieder die Waffen in die Hand drücken, sie auch gegen ihren Willen zu blinden Werkzeugen der Kriegsinteressenten machen. Die persönliche Kriegsdienstverweigerung wird stets eine eindrucksvolle Demonstration sein, nicht aber als Massenerzeugung den Gang des Verhängnisses wirklich hemmen können.

Daher gibt es keinen Weg, als die Kriegsmöglichkeit mit der Wurzel auszurotten; wir müssen die kapitalistische Gesellschaftsordnung beseitigen. Die Herrschaft der Arbeiter in allen Ländern wird nicht nur das Ende der Ausbeutung, sondern auch das Ende der Kriege sein.

Deshalb rufen wir Euch auf, in gewaltigen Demonstrationen der Menschheit zum Bewußtsein zu bringen, daß sie noch immer an demselben Abgrund des Wahnsinns und Verbrechens steht wie im Juli 1914.

Gedenket des großen Vorkämpfers des Weltfriedens und der sozialistischen Gesellschaftsordnung; gedenket Jean Jaurès, des ersten Opfers im Weltkrieg!

Gedenket der Tausende und Tausende treuer Genossen, die uns entzogen wurden; gedenket der tausende Krüppel, die ihre Arbeitsfähigkeit verloren; gedenket der Leiden der Frauen und Kinder!

Denket, Arbeiter und Arbeiterinnen und vor allem auch Ihr Jugendgenossen, an eure große geschichtliche Aufgabe und gelobet, daß Ihr nicht erlahmen wollt im Krieg gegen den Krieg!

**Der Internationale Gewerkschaftsbund (Amsterdam).
Die Sozialistische Arbeiterinternationale (London).
Die Sozialistische Jugendinternationale (Berlin).**

1914—1924.

10 Jahre der unerhörtesten Leiden sind seit Beginn des Weltkrieges bis heute über die Völker Europas hereingebrochen. Wann dieses Glendstoch einmal ein Ende nimmt, ist nicht vorauszusagen. Mit ungeheurer Wucht hat es alle die erfaßt, die nicht zur Oberschicht gehörten. Unterdrückt, belogen und entrechtet zog die deutsche Arbeiterschaft in den Krieg. Ausgewuchert, arm und siech gemacht steht das deutsche Volk an der Wähe seiner Existenz.

Die Transaktionen des internationalen Kapitals, die Untätigkeit oder Unfähigkeit der Regierungen haben weite Schichten des deutschen Volkes proletarisert. Die deutschen Arbeiter, die Beamten, die Angestellten, die Kleinrentner und Sozialrentner stehen vor dem wirtschaftlichen Trümmerhaufen. Die Kapitalistenklasse, in deren wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Interesse diese zehnjährige Katastrophe lag, hat sich beim Beginn des Krieges und während der Zeit des „Durchhaltens“ bis zum „Jegreichen“ Ende gleich egoistisch eingestellt. Dem Volk wurde zur obersten Pflicht gemacht, sich zur Schlachtabant führen zu lassen; unsere Mütter, unsere Frauen und Kinder mußten um einiger Gramm Fett, Marmelade oder Brot und Kohlrüben willen in Wind und Wetter vor den Geschäften stehen, in dessen die Blüte der Nation um einiger wahnsinniger Kreaturen willen durch Eisen und Stahl und Giftgase hingemordet wurde. Das sind die nackten brutalen Tatsachen, die sich bei näherer Betrachtung uns aufdrängen. Wie dankt man es dem Volk?

Damit eine kleine Bevölkerungsschicht sich bereichern konnte, ließ eine hochweise Regierung die Währung in großzügigster Weise verfallen. So erreichte man, daß weite Schichten des „Mittelstandes“ in das Proletariat herabgestoßen wurden. Es erfüllte sich der naturnotwendige Entwicklungsprozeß, den unsere Lehrmeister sehr deutlich in ihren Werken schildern. Diese alten siechen und kranken Menschen sind heute auf die Armenunterstützungen angewiesen, bei denen sie langsam, aber umso sicherer zugrundegehen müssen. Wie dankt man den Sozialrentnern, wie den Kriegsinvaliden, den Kriegerwitwen und -waisen?

Es ist geradezu schauderhaft, in welcher frivolen Weise die die Herrschaft ausübende Klasse mit dem Leben und der Gesundheit der Opfer umspringt, die sie auf dem Gewissen hat. Man zahlt Monatsrenten von einigen lumpigen Mark an die Opfer; man sagt: der Staat ist arm, die Forderungen der Entente sind zu hoch, deshalb können die Renten nur knapp bemessen sein. Singsagen gibt man den Generalen und sonstigen Offizieren für ihre Tätigkeit gegen die republikanische Verfassung verhältnismäßig hohe Pensionen. Man zieht die aus der Not der Volksmassen gewonnenen Vermögen in ganz geringem Maße zur Lastentragung heran. Den Lohn- und Gehaltsempfängern knöpft man sofort bei jeder Zahlung den Tribut ab. Auch versteht man meisterhaft, durch die Belastung mit indirekten Abgaben den Waffentonjum zu belasten. Wir stehen nach 10 Jahren des Leidens vor der Tatsache, daß die breiteren Volksschichten die Kosten für Krieg und Kriegesfolgen zahlen, hingegen das Großkapital von seinem Vermögen, das in Auslandspapieren und Sachwerten angelegt wurde, geringe Lasten trägt. Das Opfertragen soll nach den Angaben der Regierung nicht Sache einzelner Volksschichten sein, sondern die Gesamtheit muß herangezogen werden.

Wenn man den Standpunkt des deutschen Unternehmertums in der Frage der Arbeitszeit betrachtet, dann weiß jeder, daß der deutsche Wirtschaft nach schwere Erschütterungen überstanden. Mit Gewalt verjüngen die Industrie- und Bauherren, die Arbeiterschaft in das laubdünne Joch des Achtstundentages einzuspinnen. Man sendet Vertreter nach Genf zur internationalen Arbeitskonferenz und läßt sagen: was ihr da macht, geht das deutsche Unternehmertum nichts an. Wir sind Deutsche und pfeifen auf internationale Abkommen in der Frage des Achtstundentages. Die deutschen Vertreter haben scheinbar alle Lehren des „Nolierters“ vergessen. Auch vor dem Kriege im Haag, auf der Friedenskonferenz, benahm sich die deutsche Vertretung ähnlich in der Frage der Abrüstung. Selbst zehn Jahre furchtbarer Folgen dieses prologischen Standpunktes haben nicht vermocht, das deutsche Herrmentum zur Vorsicht zu mahnen. Wenn die deutschen Unternehmer glauben, auf Kosten der Arbeiterschaft des Kopfes und der Hand die Lasten aus dem frivolen herausgeschworenen Krieg mit nachfolgendem Ruhrkampf und damit gänzlicher Verelendung des Volkes nochmals dadurch abzuwälzen, daß sie den Arbeitstag verlängern, dann irren sie sich. In dem Augenblick, in dem die Produktion erneuert sich hebt, werden auch die deutschen Arbeiter nicht mehr gewillt sein, länger als 48 Stunden pro Woche zu arbeiten. Fortwährende Arbeitseinstellungen werden die Folge sein, die während auf die Produktion wirken.

Die deutschen verantwortlichen Stellen müssen anscheinend stets Katastrophopolitik treiben. Bis zum Kriege Provokationen anderer Staaten durch Sabelraufen, durch Abkündigung von Verständigungen. Während des Krieges „durchhalten“ gegen die ganze übrige Welt bis zum Zusammenbruch. Nach dem Kriege Ablehnung der Erfüllungspolitik, dafür Drohungen und schließlich Ruhrbesetzung mit anschließendem Währungsverfall, Morde an ehrlichen Republikanern, Militärputsche, Unterdrückung freier Willkür, Bestrebungen, dann unzureichende Renten an die unglücklichen und berannten Kriegskrieger und hohe Pensionen an die Verwundeten des deutschen Volkes. Das sind die Symptome des Verfalls in Deutschland. Eine Volkschicht, die auch in Zeiten allgemeiner Not der unteren Volkschichten nichts anderes zu tun weiß, als die Schaffer aller Werte mit brutalen Mitteln zum Verhungern zu zwingen, sie mit der Hungerpeitsche zur Verlängerung der Arbeitszeit zwingt, um selbst nicht zahlen zu müssen, hat ihre Existenzberechtigung verloren.

Wenn die letzten 10 Jahre dem deutschen Volke, der deutschen Arbeiterklasse nichts anderes gelehrt haben, dann aber jenseit, daß von einer herrschenden Volkschicht nicht anders etwas zu erreichen ist, als durch den lückenlosen Zusammenbruch aller Leidenden und Entsetzten. Diese Lagen bieten die deutschen Gewerkschaften. In sie müssen die Arbeiter, die Angestellten, die Beamten wieder hinein. Nur dann kann den reaktionären Bestrebungen der deutschen Unternehmer ein Paroli geboten werden.

Darum müssen auch unsere Kollegen sich fester zusammenschließen in unserer Organisation. Auch uns droht die Gefahr der Verlängerung der tariflichen Arbeitszeit, auch uns möchte man die ohnehin karglichen Löhne kürzen. Deutsche Arbeiter, deutsche Angestellte und Beamte! Hinweg mit allem parteipolitischen Streit, hinweg mit der Phrase: die freien Gewerkschaften und ihre Führer treiben keinen Massenkampf! Der Massenkampf ist historisch gegeben, er kann weder künstlich erzeugt, noch künstlich ausgeblendet werden. Werft Euch das, Verhandlungsführer, wenn Demagogen versuchen, Euch „neue Wege“ zu führen. Die Ereignisse der letzten 10 Jahre weisen uns mit eiserner Energie auf den Weg des Kampfes. Kämpft in den Gewerkschaften gegen die Gefahr des Verzagenseins und der Gleichgültigkeit, dann wird dem deutschen Unternehmertum zur rechten Zeit der Weg gewiesen werden, der zur Gejurdung führt.

Um das Reparationsproblem.

In Amsterdam fand Mitte Juli eine gemeinsame Beratung des Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes und des Bureau der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (London) statt.

Besprochen wurden die mit dem Reparationsproblem zusammenhängenden Fragen, insbesondere das Sachverständigen-

gutachten, die bevorstehende Londoner Regierungskonferenz und die Verteidigung des Achtstundentages. Nach eingehender Diskussion, die allen Anwesenden Gelegenheit zum Meinungsaustausch bot, wurde folgende Entschliessung einstimmig angenommen:

„Die Konferenz verzichtet in diesem Moment darauf, das ganze Problem der ökonomischen und politischen Schwierigkeiten, in die der Weltkrieg die Menschheit gestürzt hat, darzulegen. Dies ist in den Beschlüssen der Konferenz von Amsterdam im April 1921, des Kongresses im Haag im Dezember 1922 und des Kongresses in Hamburg im Mai 1923 eingehend geschehen. Die Konferenz erinnert heute bloß daran, daß schon auf Grund der Beschlüsse der Frankfurter Fünfländer-Konferenz im März 1922 sich folgende Forderungen ergaben:

1. die endgültige Festsetzung der von Deutschland noch verschuldeten Summe auf einen Betrag, der in seinem Gegenwartswert den wirklichen Betrag der materiellen Reparation darstellt;
2. die Festsetzung eines Zahlungsplanes, der mit Hilfe internationaler Kreditoperationen sobald wie möglich Deutschland von seiner Schuld befreit und alsbald den Gläubigermächten die zur Reparation notwendigen Summen zur Verfügung stellt;
3. den Abschluß von Nebenabkommen zwischen den alliierten Regierungen, die es ermöglichen, für die eigentlichen Wiedergutmachungen die Gesamtsumme der erwähnten Zahlungen zu verwenden. Das setzt bei den alliierten Mächten und den Vereinigten Staaten von Amerika voraus:
 - a) Verzicht auf die Forderungen an Deutschland, soweit sie Militärpensionen betreffen;
 - b) allgemeine Annullierung ihrer gegenseitigen Forderungen und Schulden.

Die Konferenz stellt fest, daß der Plan der Sachverständigen zwar gewisse Ansätze zur Lösung des Problems im Sinne der ersten beiden Forderungen enthält, daß er aber bezüglich des dritten Punktes verjagt. Sie stellt fest, daß der Plan der Sachverständigen das Reparationsproblem in der Weise zu lösen sucht, daß er der deutschen Arbeiterklasse verhältnismäßig ungleich schwerere Lasten auferlegt als den kapitalistischen Klassen Deutschlands und die deutsche Reichseisenbahnverwaltung kapitalistischen Einflüssen des Auslandes aussetzt.

Sie erklärt daher, daß es aus diesem Grunde unmöglich ist, diese Lösung als eine den Forderungen der gewerkschaftlichen und der sozialistischen Internationale entsprechende anzusehen.

Indes, trotz aller Mängel und Fehler des Sachverständigengutachtens würde ein Scheitern der gegenwärtigen Aktion nichts Besseres an seine Stelle setzen, sondern im Gegenteil die Krise Europas auf das Schlimmste verschärfen. Unter diesen Umständen ist die Durchführung des Sachverständigenplanes heute die einzige unmittelbar mögliche Lösung.

Die beteiligten Regierungen haben sich übrigens bereits über die uneingeschränkte Annahme des Sachverständigengutachtens geeinigt, die die Aufhebung der wirtschaftlichen Besetzung der Ruhr, einschließlich Düsseldorf, Ruhrort und Duisburg, sobald die im Sachverständigengutachten festgesetzten Bedingungen erfüllt sein werden, mit sich bringt.

Andererseits müßte jeder Versuch, die militärische Okkupation länger aufrechtzuerhalten als die ökonomische, zur Folge haben, daß

1. der Zustand der Wirrnis und der Unsicherheit, der die Wiederherstellung des Friedens und den Wiederaufbau Europas verhindert, weiter bestehen bliebe;
2. die Durchführung des Planes der Sachverständigen in Gefahr geriete, indem das Vertrauen, das diese selbst für ihren Erfolg als unbedingt notwendig erachten, erschüttert würde.

Daher fordert die Konferenz die Aufhebung der militärischen Besetzung der oben bezeichneten Gebiete, gleichzeitig mit der Aufhebung der ökonomischen.

Sie fordert auch, daß Deutschland von der Konferenz in London eingeladen werde, so daß endlich an Stelle des Systems des Diktates das System der Verhandlungen gleichberechtigter Völker tritt.

Die Konferenz betont die Notwendigkeit der unverzüglichen Ratifikation des Abkommens von Washington über den Achtstundentag in allen Ländern. Sie nimmt Kenntnis, daß der Sachverständigenplan seinem Sinne jeden Angriff auf den Achtstundentag in Deutschland abschließt und erwartet, daß demgemäß dem einstimmigen Beschluß der Arbeitergruppe auf der jüngsten Internationalen Arbeitskonferenz in Genf das Internationale beistimmt seine Bemühungen für die Sicherung des Achtstundentages fortsetzt.

Vor allem aber fordert die Konferenz, daß der Sachverständigenplan sobald als irgend möglich ergänzt werde durch Maßnahmen, die der Resolution der Frankfurter Fünfländerkonferenz in allen Punkten Rechnung tragen.

Jaurès und die Gewerkschaften.

(Zur 10. Wiederkehr des Tages seiner Ermordung)

Als der Krieg vor nunmehr 10 Jahren begann, da tauchte der rohe imperialistische Militarismus als Opfer den großen französischen Arbeiterführer und Freiheitskämpfer Jean Jaurès, und wir können darum diesen Tagen ersten Gedenkens das heilige Gelübde „wieder Krieg!“, das uns kürzlich noch der Internationale Gewerkschaftskongress in Wien aufgab, nicht ablegen. Die starken Entschlüsse: Statt des Krieges aufwärts Menschheit im Geiste jenes Großen, der als erstes Opfer fiel.

Jaurès war eine Persönlichkeit, in der sich ein proletarischer Kampf um das proletarische Recht in schönster Harmonie verband mit einem reinen, idealistischen Glauben. Und in diesem Kampfe um das proletarische Recht war auch der gewerkschaftliche Kampf ein wesentlicher Faktor. An der Gewerkschaft, ihrer Entwicklung ihrer Stärke sieht man, so sagte Jaurès, wie weit sich proletarische Macht bereits verwirklicht hat. Die Gewerkschaften stellen nach Jaurès den Entwicklungsgrad der proletarischen Bewegung und der proletarischen Kraft dar. Sie bedeuten „eine wachsende wirtschaftliche Macht“ im proletarischen Befreiungskampfe um die Gerechtigkeit.

Wie seinem ganzen Streben, so war auch seiner gewerkschaftlichen Auffassung nach der augenblickliche materielle Erfolg nicht die alleinige Aufgabe des Gewerkschaftskampfes. Genießt die Gewerkschaften das augenblickliche wirtschaftliche Los des Proletariats verbessern, sollten sie zugleich gegen den Kapitalismus zum Zweck einer neuen kommenden Gerechtigkeit kämpfen. Ein höheres Ideal des Zusammenlebens war ihm auch des proletarischen Kampfes letzter Sinn, die Welt der brüderlichen Gerechtigkeit. An sie glaubte er mit seiner ganzen Seele, und diesen Glauben an die Gerechtigkeit und die Erziehung zu diesem Glauben an das Ideal hielt er für ein notwendiges Stück proletarischer Aufklärungs- und Kampfarbeit.

„Man glaube nur nicht, daß es kindisch und müßig sei,“ so schreibt er, „sich auf die Gerechtigkeit zu berufen, daß sie ein ganz metaphysischer und unendlich dehnbarer Begriff sei und daß jede Tyrannei sich den Mantel nach ihrem Belieben aus diesem banalen Purpur zurecht geschnitten habe. Das ist keineswegs der Fall. In der modernen Gesellschaft erhält das Wort Gerechtigkeit ein immer klareren, umfassenderen Sinn. Es besagt, daß jedem Menschen, in jedem Individuum die Menschlichkeit respektiert, das volle Menschentum möglichst entwickelt werden muß. Es gibt aber nur da wahre Menschenwürde, wo Unabhängigkeit herrscht, tätiger Wille, freie und freudige Anpassung des Individuums an das Ganze.“

Aus dieser seiner Persönlichkeit heraus umgab er alle Aufgaben des proletarischen Kampfes mit Geist und Seele als einem wesentlichen Stück des Erfolges, und vor allem verlangte er von einer solchen gewaltigen proletarischen Kraftprobe, wie dem Generalstreik, daß sich die Arbeiterklasse für das Ziel, um das der Generalstreik gehen soll, „wirklich und mächtig begeistere“. Und der Generalstreik beim Kaputtgehen hat uns ja gelehrt, was ein geschlossenes Proletariat zu leisten vermag, wenn es weiß, daß es um Großes geht.

Und weil Jaurès die Aufgabe der Gewerkschaften nicht nur in der Erfüllung von Augenblicksfordernungen sah, sondern weil er die Gewerkschaften für wesentlich zur Erreichung des letzten proletarischen Endzieles hielt, darum

erreichen, daß die Farben, die als Symbol ein gemeinsames Erkennungszeichen aller jener Revolutionäre waren, nicht mehr offen getragen wurden, aber man konnte im Volk das Sehnen und Streben nach Freiheit und Demokratie nicht mehr töten. Wenn auch damals die Vurschenschaftler müßig singen mußten:

Das Band ist zerschnitten,
War schwarz, rot, gold,
Und Gott hat es gelitten,
Wer weiß, was er gewollt,

so blieb in ihnen doch jener schwarz-rot-goldene Geist wach. Auf den Barrikaden in den Straßen Berlins kämpften und starben 1848 Arbeiter und Bürger unter jenen Farben, die trotz reaktionären Drucks und trotz Gewalt dennoch weiter lebten im Herzen des Volkes. Am 21. März 1848 ließ König Friedrich Wilhelm IV. bei seinem Antritt durch Berlin die Farben Schwarz-Rot-Gold vor sich hertragen, schmiedete sich selbst dabei mit einer schwarz-rot-goldenen Armbrust und proklamierte am selben Tage: „Ich habe heute die alten deutschen Farben angenommen und mich und mein Volk unter das ehrwürdige Banner des Deutschen Reiches gestellt. Preußen geht fortan in Deutschland auf.“ Wenige Tage vorher hatte der Deutsche Bund — am 9. März 1848 — folgenden Beschluß gefaßt: „Die Bundesversammlung erklärt den alten deutschen Reichsadler mit der Umschrift „Deutscher Bund“ und die Farben des ehemaligen deutschen Reichspaniers, Schwarz-Rot-Gold, zu Wappen und Farben des Deutschen Bundes.“ Gleichfalls erklärte sich die Nationalversammlung in Frankfurt für diese Farben. Freilich sollten diese Farben damals das Symbol eines großen, umfassenden Deutschlands sein, in dem nach den Worten Friedrich Wilhelms IV. Preußen aufging, also nicht die Herrschaft hatte! Heute wollen aber jene Junker und Barone ein Preußen-Deutschland, in dem sie die erste Geige

Schwarz-Rot-Gold.

Als sich das deutsche Volk am 11. August 1919 die neue Reichsverfassung gab, da scharte es sich „einig in seinen Stämmen und von dem Willen befeuert, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem inneren und äußeren Frieden zu dienen“, um die alte deutsche Reichsfahne, die Jahrhunderte hindurch Symbol eines erigen Deutschen Reiches gewesen war. War das deutsche Volk wirklich einig, als von neuem die schwarz-rot-goldene Trikolore hoch am Mast über den Häuptern des Volkes flatterte? Man würdigte dieses schönste Zeichen eines freien großen Deutschlands zum Parteiflaggen herab, und zwar gerade jene, die glaubten, die patriotische Erinnerung gepachtet zu haben. Sie machten sich von den Farben Schwarz-Rot-Gold befehren lassen, die er am 11. Oktober 1918 auf dem hohen Reichstag der juchenden Jugend rief: „Wir wehren uns gegen alle die, die den patriotischen Sinn gewaschen zu haben meinen!“ Damals erinnerte er die deutsche Jugend an das Symbol deutscher Freiheit und Einigkeit, an die Farben Schwarz-Rot-Gold!

Der niederländische Chronist Monstres erwähnt in seinen Chroniken das Wappen des deutschen Kaisers Otto IV. (1156-1218) und beschreibt es als einen schwarzen Adler im goldenen Felde. Das war die erste Zusammenstellung dieser Farben, die uns geschichtlich überliefert ist. Unter dem Kaiser Rudolf I. (1273-1291) führte das deutsche Meer jenes Wappen in Reichsbanner und daneben noch eine rote Fahne mit weißem Kreuz als Zuzufahne. Späterhin finden wir dann an jenem Reichsbanner Kaiser Rudolfs, das den schwarzen Adler im goldenen Felde führte, einen rot-goldenen und endlich nur noch, als Rest jener roten Reichsbannerfahne, einen roten Wimpel. Hier sind also drei Farben erstmalig zusammengestellt und kartierten im weiten großen Deutschland als Symbol der Einigkeit aller Stämme.

Allmählich verschwand dann jener rote Wimpel am Mast des Banners und der schwarze Adler im goldenen Felde bekam eine Zunge und eine rote Fahne; auch hier wieder blieben die alten Reichsfarben bestehen. Sie blieben Jahrhunderte hindurch die Fahne und das Wappen des Deutschen Reiches. Als dann 1806 das „Heilige römische Reich deutscher Nation“ zerfiel, begrub man auch mit all den sehnen Hoffnungen auf ein großes Deutschland die alte Reichsfahne. Aber ganz sollte sie dennoch nicht verschwinden. Unsere Brüder in Oesterreich nahmen die alten Farben des ehemaligen Deutschen Reiches mit in ihre Heimat und bewahrten sie bis heute in Wappen und Fahne. Sollten nicht die gelben deutschen Postwagen mit den schwarzen und roten Umrahmungen auch ein Ueberbleibsel jener alten Farben sein?

Nach jeder Niederlage bejimmt sich ein Volk auf seine höchsten und edelsten Ideale, so 1813, so 1919. Damals griff die demokratische Freiheitswelle der Vurschenschaft die alten Farben als Zeichen des großen und freien demokratischen Deutschland wieder auf und stolz trugen die Männer des Volkes in jenen Jahren die Farben Schwarz-Rot-Gold. Darunter waren an führender Stelle Ernst Moritz Arndt, Friedrich Hecker, Wilhelm Hauff, Ludwig Jahm, alle jene, die heute von den Deutschenationalen für sich und ihre Zwecke beansprucht werden. Aber freilich, so ist es immer, erst beschimpft die gegenwärtige Generation ihre bedeutendsten Männer als Verräter des Vaterlandes und dann kommt eine spätere und belegt sie für sich und ihren „Patriotismus“ mit Beschlag. — Der Kampf der Vurschenschaft wurde mit allen Mitteln von der erstarkenden Reaktion niedergeschlagen. Ich möchte hierbei daran erinnern, daß man damals die Turnplätze des Turnvaters Jahm schloß, weil die dort sich stärkende Jugend jenen reaktionären preussischen Junkern zu demokratisch, zu freierlich geworden war oder wenigstens sein konnte. Man konnte wohl

hachte er ihnen auch in der kommenden Umgestaltung der Gesellschaft große Aufgaben zu. Proletarischer Kampf war ihm in jedem Falle undenkbar ohne eine geschlossene gewerkschaftliche Front, und immer wieder leuchtete ihm hinter all diesen gewerkschaftlichen Kämpfen als reinster Sinn des ganzen proletarischen Ringens herauf das Ideal der Freiheit und Brüderlichkeit und Gerechtigkeit und der Freude.

Wenn der Krieg uns auch so manches geraubt und zerstört hat, und wenn er uns auch als erstes Opfer unsern Jean Jaures genommen: nicht der Mensch ist es, sondern die Idee. Und wenn sie vorhanden, dann ist auch das Wesentliche des Menschen da.

Gerade durch unsere Zeit geht ein großes Suchen nach Lebensinhalt und nach einem kulturellen Sinne des Daseins. Er liegt nicht außerhalb unseres Kampfes. Unser Kampf ist das befreiende Glück unserer Seele, wenn wir nur wissen, um was es geht. Drum weg mit aller Befahrenheit und weg mit Müdigkeit und mit Kleinmut! Der sittliche Sinn unseres Kampfes ist zugleich der Kultursinn der Menschheit. Das war Jaures' Auffassung von proletarischem Menschheitskult, die zu der unsern zu machen, die große Wellenstunde erheischt.

Dr. Gustav Hoffmann.

Deutscher Krankenkassentag.

Am 27. und 28. Juli tagte in Hamburg der 28. deutsche Krankenkassentag, der von circa 1700 Vertretern aus allen Gauen Deutschlands besucht war. Vor der Eröffnung fand ein Empfang beim Hamburger Senat statt. Der langjährige Verbandsvorsitzende Fräse Dorf war durch Krankheit verhindert, der Tagung beizuwohnen. In das Präsidium wurden die Herren Lang, Hamburg, und Stadtrat Ahrens, Berlin, gewählt.

Das erste Referat hielt Ministerialdirektor Dr. Grieser vom Reichsversicherungsministerium über den Umbau der Sozialversicherung. Einleitend kennzeichnete er die Entwicklung der Krankenversicherung im Jahre 1923. Dem Niedergang der Kapitalvermögen konnte die Sozialversicherung sich nicht entziehen und viele angeblich Trauernde hatten schon gehofft, daß die Sozialversicherung nicht wieder auferstehen würde. Der Ruhepunkt, den die Mark erreicht hatte, wurde aber auch der Sozialversicherung zu einer Grundlage neuen Lebens. Mit vorbildlichem Eifer sind die Versicherungsträger an die Rekonstruktion der Leistungen gegangen. Es könne keine Rede davon sein, die Sozialversicherung steuer- und führerlos der Wirtschaft preiszugeben. Erst in der Sozialversicherung finde der Lohn seinen gerechten Ausgleich. In großen Zügen zeichnete dann der Referent die Wege, die zum zukünftigen Umbau der Sozialversicherung führen. Grundätzlich sei daran festzuhalten, daß die Gemeinschaftskasse die ideale Form der Krankenversicherung sei. Wenn sich dieses Ideal vielleicht aus politischen und wirtschaftlichen Gründen auch nicht verwirklichen lasse, so müsse doch durch einen gerechten Lastenausgleich dafür gesorgt werden, daß auch die Sonderklassen zu einem Gemeinschaftsgefühl erzogen werden. Für die Leistungen fordere der Referent Leistungen nach dem Familienstande und Ausbau des vorbeugenden Heilverfahrens. Eine engere Zusammenarbeit der Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung sei erforderlich. Die Sozialversicherung habe die Aufgabe, den Pflichtmenschen zum Gemeinschaftsmenschen zu erziehen.

In der Diskussion wandte sich Reichstagsabgeordneter Graf scharf gegen die Berufskassen, die mit den höchsten Verwaltungskosten arbeiten und den Ortskrankenkassen die besten Mittel entziehe, ohne dafür besondere Leistungen bieten zu können. Der Redner behauptete, daß die Regierung die Ermächtigungsgesetze nicht dazu benutzt habe, um hier gründliche Ordnung zu schaffen, er lehnte die Neugründung von Berufs- und Betriebskrankenkassen ab. Die beste Aufklärung und Sicherung der Leistungen erblieke der Redner in einem vorbildlichen Ausbau der Allgemeinen Ortskrankenkasse. Die Versammlung nahm 2 Entschlüsse an, die alle Bestrebungen auf Zulassung neuer Ortskrankenkassen scharf zurückweist und sich gegen den Abbau der Versicherungsleistungen wenden.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Wiederaufnahme der sozialhygienischen Arbeiten berichtete Professor Dr. Grotjahn, Berlin: Die Finanzen der Krankenkassen haben sich nach der Stabilisierung

unserer Währung erholt, wenn sie auch noch keineswegs die alte Leistungsfähigkeit wiedererlangt haben. Aber es läßt sich doch bereits übersehen, was in nächster Zeit an vorbeugender Gesundheitsfürsorge seitens der Krankenkassen getan werden kann und was sie andererseits gar nicht erst in Angriff nehmen sollten. Jetzt gilt es, die schleichenden Krankheitszustände und zersetzenden Infektionskrankheiten mit Erfolg zu bekämpfen. Diese Aufgaben begegnen sich mit den Interessen der Krankenkassen, denen gerade die schleichenden Krankheiten die größte Belastung auferlegen. Die Einbeziehung der Familienmitglieder in die Wohltaten der Krankenversicherung sollte möglichst allgemein durchgeführt werden. Wichtig sei auch die Verschickung Leichterkranter in Heime und Kuranstalten, wichtiger aber sei doch immer noch eine großzügige Gewährung von Krankenhausaufenthalt. Wünschenswert sei ferner, daß die Klassen die Gewährung von Milch an ihre Mitglieder wieder aufnehmen. Endlich müssen die Träger der

Große Massenkundgebung im Berliner Lustgarten am Montag, 11. August, abends 7 Uhr: Für die Republik — gegen die Reaktion!

Wir fordern unsere Berliner Mitglieder auf, sich an der von der Berliner Gewerkschaftskommission und dem Ortskartell Berlin des Allgemeinen freien Angestelltenbundes veranstalteten Kundgebung reiflos zu beteiligen.

Krankenversicherung durch die hoffentlich bald kommende Reform der Versicherungsgesetzgebung unter Erhaltung der Selbstverwaltung vereinheitlicht und mit den Kommunalverwaltungen und den Trägern der Invalidenversicherung in eine engere Verbindung gebracht werden.

Anschließend folgte ein zweites Referat von Albert Cohn, Berlin, über die Wege, die zur Wiederaufnahme sozialhygienischer Arbeiten führen. Cohn rückte die Bekämpfung der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten in den Vordergrund seiner Ausführungen. In der Gesundheitsfürsorge muß die Arbeit unverzüglich fortgesetzt werden, damit die Erhaltung der Arbeitskräfte gewährleistet werde. Die Krankenkassen müssen auch auf dem Gebiet der Wohnungsfürsorge vorangehen, da ohne Gesundung des Wohnungswesens keine Gesundung des Volkskörpers erfolgen kann. Besondere Bedeutung muß der Belehrung der Bevölkerung zugewandt werden. Die Arbeiten der sozialhygienischen Fachverbände weisen hierzu die richtigen Wege. Besonders wandte sich der Redner gegen die Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel, wie sie durch die Kornzölle erfolgen. Von einer Uebertragung der sozialhygienischen Arbeiten von den Krankenkassen auf die öffentliche Fürsorge verpichtete sich Cohn keinen Erfolg.

Als erster Diskussionsredner sprach Generaloberarzt a. D. Dr. Feld, der der Tuberkulosebekämpfung das Wort redete. Professor Dr. Wichmann, Hamburg, wies darauf hin, daß ohne große Geldmittel eine Art der Fürsorge möglich sei, die für die mit Erbsyphilis Befallenen in Wirkung trete. Darunter verzieht der Redner die Fürsorge für Kinder und Erwachsene, die ohne äußerliche Anzeichen an dieser schwersten aller Geschlechtskrankheiten von Geburt an leiden. — Professor Dr. Kott, Berlin, erklärte für die Arbeitsgemeinschaft sozialhygienischer Fachverbände die Bereitwilligkeit zur Zusammenarbeit mit den Krankenkassen auf diesem Gebiete. — Frau Flohmann, Düsseldorf, wünscht einen Ausbau der Versicherung besonders für die Hausfrauen.

Einstimmig nahm darauf die Versammlung eine Entschließung an, die eine Wiederaufnahme der sozial-

hygienischen Arbeiten fordert. Von vornherein muß dabei planmäßig und nach den Grundsätzen größter Wirtschaftlichkeit vorgegangen werden. Die Familienkrankenhilfe ist die wichtigste sozialhygienische Maßnahme, die die Klasse gegenwärtig überhaupt treffen kann. Eine Zentralkasse für eine großzügige Vetsorgung und Aufklärung der Klassenmitglieder muß eingerichtet werden.

In die Behandlung des nächsten Tagesordnungspunktes „Wirtschaftliche Behandlungsweise“ teilten sich Chefarzt Dr. P. H. I., Berlin, und Dr. Knack, Hamburg. Dr. P. H. I. führte aus: Die wirtschaftliche Behandlungsweise ist unmöglich ohne Mitwirkung der Ärzteschaft. Dazu genügt es nicht, daß die Klassen Forderungen stellen, vielmehr müssen die Ärzte schon bei der Ausbildung aufgeklärt werden, damit sie allmählich in ihre neue Aufgabe hineinwachsen. Dr. Knack erläuterte dann die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Behandlungsweise vom Standpunkt des praktischen Arztes aus. Es bedarf eines weiteren Ausbaues des Vertrauensärztlichens. Zur vertrauensärztlichen Tätigkeit müssen auch in viel weiterem Umfang als bisher Spezialärzte herangezogen werden. Die beste wirtschaftliche Behandlungsweise ist die Gesundheitsprophylaxe. Sie darf nicht durchgeführt werden ohne den engsten Zusammenhang mit der Berufsberatung und Arbeitsvermittlung, durch die schwächliche und kränkliche Personen andern Berufen zugeführt werden können, für die ihre Arbeitskraft ausreicht. Die wirtschaftliche Behandlungsweise ist nicht zu erreichen im Kampf zwischen Klassen und Ärzten, sondern in enger Zusammenarbeit. — Eine Entschließung im Sinne des Referenten wurde einstimmig angenommen.

Am folgenden Tage referierte der Geschäftsführer Lehmann, Dresden, über die Arztfrage. Die wirtschaftliche Entwicklung hätte zu einer proletarischen Forderung der Ärzte geführt. Die Ärzte hätten sich jedoch noch nicht in die Front der Hand- und Kopfarbeiter einmischend. Es scheine, als ob manchen Ärzten sogar an dem Verschwinden der Sozialversicherung gelegen sei. Sie dürften aber nicht vergessen, daß die Vernichtung der Sozialversicherung auch zum Ruin des Arztberufes führen müsse. Einen Weg zur Lösung der Arztfrage, wie sie heute besteht, sieht der Redner in der Einrichtung von Ambulatorien. Die Krankenkassen hätten keine Veranlassung, sich mit ihren wichtigsten Mitarbeitern herumzustritten. Sie legten im Gegenteil den größten Wert darauf, mit einer sozial eingestellten Ärzteschaft an dem Wiederaufbau des Volkes auf gesundheitlichem Gebiet zusammenzuarbeiten.

In der Debatte hält Rechtsanwalt Dr. Mürrberger es nicht für nötig, in allen Orten Ambulatorien einzurichten, und schlägt vor, bei den kleineren Klassen einen Ausbau des Vertrauensärztlichens vorzunehmen.

Zur Frage der Erwerbslosenfürsorge wurde eine Entschließung angenommen, die sich gegen die erschwerten Verordnungen wendet, die den Krankenkassen beim Beitragseinzug und der Beitragsabführung der Erwerbslosenfürsorge auferlegt worden sind. Außerdem wird in der Entschließung darauf hingewiesen, daß infolge der bößlich unzureichenden Erwerbslosenfürsorge die Krankenversicherer bestrebt sind, vor Aufnahme in die Erwerbslosenfürsorge die Leistungen der Krankenversicherung in Anspruch zu nehmen. Die Krankenkassen sind daher gezwungen, ihre Beiträge wesentlich zu erhöhen, wenn nicht bald durch Ausgestaltung der Erwerbslosenfürsorge oder andern geeigneten Maßnahmen ihnen eine ausreichende Unterstützung zuteil wird. — Der letzte Teil der Tagesordnung behandelte interne Verbandsangelegenheiten.

Der Sitz des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen wird nunmehr von Dresden nach Berlin verlegt. — Die nächste Tagung soll in Düsseldorf stattfinden.

Lohnbewegungen.

Danzig. Die Danziger Kollegen stehen nun schon 4 Wochen im Kampfe um den Achtstundentag. Denn um einen zur rechten Zeit erkannten Vorstoß gegen diese soziale Errungenschaft handelt es sich bei dem Verlangen der hiesigen, stets im Vordergrund der Scharfmacher mitmarschierenden Malermeister, den bestehenden Tarifvertrag in einem Moment — Mitte August — abzulaufen zu lassen, an dem das gesamte Danziger Unternehmertum einen allgemeinen Angriff gegen den Achtstundentag plante. Schon hat ein größerer Teil der hiesigen Malermeister von der erst mitgemachten Absperrung Abstand genommen. Täglich werden Arbeitskräfte angefordert und eine größere Anzahl von Gehilfen führen Regiearbeiten aus. Musterhaft ist der Zusammenhalt der noch ausgesperrten Kollegen. Das zeigte sich in geradezu erhebender Weise auch in einer am 31. Juli stattgefundenen von allen, auch den arbeitenden Mitgliedern und vielen Frauen besuchten Versammlung, in der unser Verbandsvorsitzender, Kollege Streine, den Kampf um den Achtstundentag behandelte und im Anschluß daran die Versicherung abgab, daß die Danziger Kollegen mit ihrem Vorgehen als Schrittmacher der deutschen Kollegen zu betrachten und der weitgehendsten Unterstützung durch die Organisation sicher seien. Ein mit Begeisterung ausgebrachtes Hoch auf unsern Verband schloß die imposante Kundgebung.

Aus unserm Beruf.

Reichenbach i. V. In einer am 26. Juli im Volkshaus stattgefundenen, gut besuchten Versammlung wurde für das letzte Halbjahr Bericht über Mitgliederbewegung, Organisationsleben und Finanzen erstattet. Es konnte erfreulicherweise festgestellt werden, daß sich die Organisation in Reichenbach gut gehalten hat, so daß gegenwärtig nicht ein einziger Unorganisierter vorhanden ist. Dagegen muß in der Unterzahlstelle M. H. a. N. K. H. a. N. noch der und jener indifferent gewordene Kollege wieder herangeführt werden. Diese Arbeit soll mit Unterstützung der Nilsale Plauen sofort in Angriff genommen werden. Sodann berichtete Bezirksleiter Kollege Vogt ausführlich über Beruf, Organisation, Beitragsfrage, Lohn- und Tarifpolitik. Außer einigen kritischen Bemerkungen des Kollegen Schimpf erklärten sich alle Diskussionsredner mit den aufklärenden Ausführungen des Referenten beziehungs-

spielen, und für ein solches passen nicht die alten Farben des wahrhaft nationalen, freien Deutschland. Da ersticht das Preisrätsel: Wer ist denn nun eigentlich national, das heißt, vaterländisch? Wir „vaterlandslosen Gesellen“ oder jene Geldbeutelpolitiker? Doch bleiben wir bei unserer geschichtlichen Betrachtung! Volk und Regierung gingen damals Hand in Hand; denn mächtig pulsierte im deutschen Volke der Drang nach Freiheit und Demokratie. Der alte, ehrwürdige Kölner Dom schmückte sich am 19. März 1848 mit den schwarz-rot-goldenen Farben, und einen Tag später wehten sie von den Dächern sämtlicher Berliner Staatsbehörden.

Aber noch einmal sollte über das Volk eine Periode voller Blut und Eisen kommen, als Bismarck den Posten des preussischen Ministerpräsidenten und dann den des Reichstanzlers übernahm. „Die großen Fragen der Weltgeschichte werden nur durch Blut und Eisen entschieden“, das war das Programm seiner Regierungstätigkeit. Und das Verlangen des Volkes nach Freiheit und Einigkeit war doch eine große Tat der Weltgeschichte und wurde auch durch Blut und Eisen entschieden, durch den deutsch-französischen Krieg und durch den deutschen Krieg mit Oesterreich und Süddeutschland. Im Spiegelssaal zu Versailles wurde dort wieder jenes große Deutschland geschaffen, das das Volk, das der schwarz-rot-goldene Geist ersehnte? — Nein! Dort schuf Bismarck ein Preußen-Deutschland, kein Deutsches Reich! Und wahrlich, er war klug, nicht die alte Fahne eines einigen großen Deutschland am Haken an der Wand emporzuziehen; denn es gab ja dieses Deutschland doch immer nur noch erst in den Träumen der unentwegten Demokraten von 1848. Darum sah er willkürlich jene schwarz-weiß-rotten Farben zusammen, die durch keinerlei geschichtliche Linie begründet und dem deutschen Volke eigen sind. Eine amtliche Deutung darüber, wie das Rot zu den schwarz-weißen Farben kam, war damals nirgends zu erlangen, und 1867 erklärte der preussische

Kriegsminister im Reichstag, daß er eine Erklärung über diese Farben ablehnen müsse. Die Farben sind bezeichnend für das Deutschland, das man dort geschaffen hatte. Man hatte nämlich alten, echten preussischen Junkergeist auf das Deutsche Reich verpflanzt, und künftig ging Preußen nicht in Deutschland auf, wie Friedrich Wilhelm IV. proklamiert hatte, sondern Preußen herrschte in Deutschland. Schwarz-Weiß voran und dann das Rot, so war die Kultur- und Geistesrichtung in Deutschland, in diesem Deutschland! Zahlreiche süddeutsche Politiker protestierten gegen diese Reichsfarben, aber vergebens! Das große Deutsche Reich war untergegangen; das preussische Junkertum pflanzte als Zeichen seiner Herrschaft seine Fahne auf. Vier Schwarz-Weiß-Rot, das von den Nationalen so heiß verteidigt wird — dort Schwarz-Rot-Gold, mit dem die Einheits- und Freiheitsgedanken so innig und fest verwoben sind, das Zeichen eines ganzen Volkes nach Freiheit und Demokratie und Gerechtigkeit. Schwarz ist die Erde, auf der wir unserer Hände Werk verrichten, die uns gebat und uns einst wiedernimmt, die der Bauer pflügt und der Künstler als Nährmutter seines Kunstfertums preist — rot ist das Blut, das um diese schwarze Erde, das um die Freiheit und Gerechtigkeit des Volkes floß, und golden sind die Ideale, die zu erkämpfen wir niemals müde werden wollen. Noch heute gilt Freiligraths Ruf, den er 1848 von London aus dem Exil erklingen ließ:

Die eine deutsche Republik,
Die mußt du noch erklingen.
Nicht jeden Strich und Galgenstrich
Dreifarb'ig noch besiegen!
Das ist der große letzte Strauß —
„Flieg' aus, du deutsch' Panier, flieg' aus!
Pulver ist schwarz, Blut ist rot,
Gold'ne fladert die Flamme!

Fr. S.

weise den Maßnahmen der Organisationsleitung einzuhalten und bedauern nur, daß bisher infolge von andauernder Beschäftigung unserer Funktionäre auf anderem Gebiet die Aufklärung der Mitglieder vernachlässigt werden mußte. Hoffentlich werde das nun in Zukunft anders.

Am 6. September begeht die Zahlstelle Reichsbuch ihr 25-jähriges Stiftungsfest. Die Kollegen der umliegenden Orte sind jetzt schon dazu herzlich eingeladen.

Im weiteren wurde folgender Beschluß erneuert: Die Werkstelle von Kurt Vacher in Röketa bei Plauen ist nach wie vor als gesperrt zu betrachten, da sich der Inhaber weigert, die Tariflöhne zu zahlen. Die Kollegen des Reichslandes wollen dieses besonders beachten.

Eine Konferenz unserer fränkischen Filialen im 7. Bezirk

Aud am 20. Juli in Bamberg statt, zu der mit Ausnahme von Aulmbach und Schweinfurt alle geladenen Filialen, darunter sogar einige mit mehreren Kollegen, vertreten waren.

Nach einem einleitenden, großzügig angelegten Referat des Vorsitzenden der Filiale Coburg, Kollegen Schreiner, über: Wirtschaftskrise, Arbeitszeit und Gewerkschaften, hielt der Bezirksleiter, Kollege Vach, einen instruktiven Vortrag über Organisation und Agitation. Beide Referenten kamen zu dem Schluß, daß unbeschadet der besonderen Pflichten der Funktionäre, für die Weiterentwicklung des Verbandes alles einzusetzen, sich alle Mitglieder an der Werbearbeit beteiligen müssen, wenn wir wieder vorwärts kommen wollen. Gewiss sind Flugblätter, Hausagitation usw. nicht zu entbehren; sie seien aber Behelfsmittel, die angewendet werden müssen, weil unsere Mitglieder in den meisten Fällen heute in der Werbearbeit verfangen. Ohne dabei die Agitation zu vernachlässigen, muß das Hausaugenmerk der Erziehung der Mitglieder zugewandt werden. Denn die Agitation, die jedes einzelne Mitglied, sei es auf der Arbeitsstelle, auf der Straße oder sonstwo ohne viele Schwierigkeiten leisten könne, sei die billigste und am meisten Erfolg versprechende. Sie nimmt die wenigste Zeit in Anspruch, entlastet die Funktionäre und schafft wieder jenen Geist innerhalb der Organisation, den wir alle ersehnen.

Die anschließende Aussprache unterstrich die in den Referaten angeprochenen Gedanken und gab ein getreues Bild über die Verhältnisse in den einzelnen Filialen. Es wurden die Schwierigkeiten geschildert, die sich der Werbearbeit entgegenstellen, wobei die Vertrags- und Unterbringungsfragen in den Vordergrund gestellt wurden. Die Beteiligten waren zeitlos der Auffassung, daß die Erwerbslosenunterstützung im Verbands als bald als irgend möglich wieder aufleben müsse. Sie beauftragte den Bezirksleiter, beim Vorstand dahin zu wirken, daß in absehbarer Zeit mit der Kranken- und Reiseunterstützung der Anfang gemacht werden muß. Die Arbeitslosenunterstützung des Verbandes, die zwar notwendig sei als die Krankenunterstützung, müsse ebenfalls wieder eingeführt werden, daß wurde anerkannt, daß jetzt die Voraussetzungen hierfür noch nicht gegeben sind. Es wird aber erwartet, daß der VGH seine bisherigen Bemühungen, den Opfern der Wirtschaft von Staats wegen mehr zu helfen als bisher, weiter fortsetzt, weil ja schließlich nicht die Gewerkschaften, sondern die Allgemeinheit dafür da ist.

Kollege Vach gab dann noch einige Anleitungen vermarktungstechnischer Natur und meinte bezüglich der Schwierigkeiten bei der Agitation, daß wir vielleicht das Ziel, den bekannten letzten Mann zum Verbands zu bringen, nicht erreichen werden. Es sei aber weit besser, diesem Ziele unermüdet zuzustreben, als in stiller Resignation die Hände in den Schoß zu legen, indem man einfach die nun einmal vorhandenen Geminnisse als unüberwindlich ansehe. Diesen Bequemlichkeitsstandpunkt können wir nicht akzeptieren. Schaffen wir uns in jeder Filiale einen Stamm tüchtiger Mitarbeiter und benützen jede sich bietende Gelegenheit zur Aufklärung und Schulung unserer Mitglieder, dann geht es vorwärts, trotz alledem.

Dem Hinweis der Kollegen zu, und Kollege Hofmann, Bamberg, hatte gewiß recht, wenn er in seinen aufmunternden Schlussworten das Ergebnis dieser kleinen Konferenz dahin zusammenfaßte, daß sie dazu angetan war, die Werbearbeit neu zu beleben. Wenn nun jeder mit Herz und Verstand zu neuer Tätigkeit sich ansetze, dann werde der Erfolg nicht ausbleiben.

Die Arbeitsverhältnisse im Berliner Malergewerbe sind nach einem Bericht des „Vorwärts“ zurzeit im allgemeinen als günstig zu betrachten. Die Stellen können durch den Nachweis nicht mehr voll besetzt werden. Um so verantwortungsvoller sei es, wenn einzelne Gehilfen das „Ansuchen“ nicht unterlassen können. Kreisbeitragszahlender die Unternehmer in den Verhandlungen, daß sie auf Leistungsanfragen so viele Angebote erhalten, daß sie verneinend ausschlagen können. Der Vorstand und die Betriebsräte haben sich dabei gezwungen, einzugreifen. Die günstige Konjunktur habe weiter als Wirkung, daß eine Epidemie von „Selbstmordtendenzen“ ausgebrochen sei. Ueber tausend Maler haben dieser Krankheit anbeimgelitten. Hauswerk und Werkstätte werden nach Arbeit besäumt. Daß durch ein gegenwertiges Unterbieten zum Schaden der Qualität der Arbeit vorgekommen werde, sei besonders betont. Durch überlange Arbeitszeiten werde der Mehrerdienst herbeigeführt. Täglich kommen Beschwerden nach dem Verbandsbureau von betrogenen Auftraggebern, die feststellen mußten, daß nach 14 Tagen der Fertigstellung die Segelwerke abgelehrt, die Tapeten von den Wänden fallen und beim Putzen und Wachen sich vor Schaden bewahren wollen, so müßten sie diesen Konjunkturwahn die Tür weihen. Die Anwesenheit von ungelerten Arbeitskräften zum Arbeiterbedarf habe oft als Folge, daß äußerst gefährliche Arbeiten ohne entsprechende Vorrichtungen ausgeführt werden. Die jetzt vorgenommene Arbeitsstellenkontrolle habe eine Menge Mängelstände ans Tageslicht gebracht, die in früheren Jahren nicht vorhanden waren. Hauptursache und Ursache dafür müssen als Überwachungsstellen eingestuft werden.

Ferner wird in dem Bericht noch mitgeteilt, daß die halbe Fraktion der SPD, ebenfalls dem Selbständigkeitsrat beizutreten sei und nunmehr die „Zunungszelle“ bilden. Renner behaupten, daß diese „Zellen“ recht wenig von revolutionärem Klänge durchdrungen seien. Die Fraktionsführungen der SPD, die von den Innungsmitgliedern ebenfalls besucht werden, beschließen, daß die im Verband der Maler befindlichen Kommunisten zu den Chemikern überzutreten haben. Auf jeder Arbeitsstelle propagieren die Moskauer, entgegen der Parole der „Roten Fahne“, die Austrittsbewegung. Wenn diese „Revolutionäre“ nur wenig Erfolg buchen können, so liegt das daran, daß sie bei der Kollegenschaft als Zerstörer der Arbeiterbewegung bekannt sind.

Bewerkschaftliches.

Der Schiedsspruch im Baugewerbe einstimmig abgelehnt. Wie nicht anders zu erwarten war, haben die Verbände des Baugewerbes den am 16. Juli gefällten Schiedsspruch glatt abgelehnt. Sie mußten sich gegen die Verschlechterungen im Tarif wehren und eine Verlängerung der Arbeitszeit werden sich die Bauarbeiter von niemandem aufzwingen lassen. Zur Begründung der Ablehnung wurde angeführt, daß die Vorstände der baugewerblichen Arbeiterverbände die Durchführung dieses Schiedsspruches für unmöglich halten. Insbesondere sei der Schiedsspruch in bezug auf die Arbeitszeit für die Arbeiter unerträglich. Die Vertreter der Bauarbeiter haben wiederholt erklärt, daß sie für eine zeitweilige Verlängerung der Arbeitszeit eintreten würden, wenn eine allgemeine wirtschaftliche Notwendigkeit dazu vorläge. Solche Notwendigkeit kam aber nicht von dem Stande einzelner Unternehmer oder Unternehmergruppen, auch nicht von der Lage der Gesamtunternehmerschaft hergeleitet werden, sondern die Lage der Arbeiterschaft muß mit ausschlaggebend sein. Die Lage der Bauarbeiter ist aber seit Jahren, und besonders auch in diesem Jahre so, daß sie zum großen Teile monatelang arbeitslos sind. Selbst in den besten Sommermonaten ist die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe größer als in früheren Jahrzehnten während des Winters. Bei diesem Zustande von den Bauarbeitern zu verlangen, einfach auf Anordnung des Unternehmers nach dessen wirtschaftlichen Bedürfnissen 26 Wochen lang 52 Stunden zu arbeiten — ohne Rücksicht darauf, daß Hunderte und Tausende von Bauarbeitern feiern müssen, das ist eine unmögliche Zumutung, die von den Vorständen der baugewerblichen Arbeiterverbände nicht vertreten werden kann.

Es liegt ferner nach der Überzeugung der Vorstände gar kein Grund vor für die im Schiedsspruch vorgesehene Altersstaffelung. Im Baugewerbe hat immer die Möglichkeit bestanden, den neunzehnjährigen Arbeiter so anzuplanen und auszunutzen, daß er mit dem normalen Tariflohn entschädigt werden kann. Ebensovienig ist es irgendwie gerechtfertigt, die Lohn Differenz zwischen „gelernten“ und „ungelernten“ Arbeitern nach den Forderungen der Unternehmer zu vergrößern. Mit aller Entschiedenheit wird auch die Verschlechterung der Ferienregelung abgelehnt, die darauf hinausläuft, daß auch die wenigen Bauarbeiter, die überhaupt erst Anspruch auf Ferien haben, in diesem Jahre nicht in den Ferientagen kommen. Daß dann noch die Ferien mit der Arbeitszeitverlängerung verdoppelt worden sind, macht die Sache natürlich noch schlimmer. Schließlich ist auch die Entscheidung über die Wertmeisterfrage ein Ablehnungsgrund für die Unterzeichneten. Es muß ganz klar ausgesprochen werden, daß die Arbeitgeberverbände die Pflicht haben, die Arbeitsbedingungen der Wertmeister auch mit den baugewerblichen Arbeiterverbänden zu regeln, da diese dafür zuständig sind.

Aufrechterhaltung des Achtstundentages im Dachdeckerbergewerbe. Im Dachdeckerbergewerbe ist erneut ein Reichstarifvertrag abgeschlossen worden, dessen wesentliches Kennzeichen die grundsätzliche Aufrechterhaltung des Achtstundentages und der Achtundbierzigstundentage ist. In einzelnen Orten und Gebieten kann nach vorheriger Verständigung mit dem Ortsausschuß der Arbeitnehmer die Arbeitszeit bis zu 51 Stunden ausgedehnt werden, sofern sich aus dringenden Aufträgen oder aus andern wirtschaftlichen Gründen eine Verlängerung der Arbeitszeit notwendig machen sollte. Für diese Mehrarbeit über 48 Stunden ist der tarifliche Stundenlohn mit einer Zulage von 5 % zu zahlen. Für Ueberstunden ist ein Zuschlag von 40 % vorgesehen. Die Regelung der Löhne ist den Bezirken überlassen worden, wo gegenwärtig bis zu 18 % über Maurerlohn gezahlt werden. Die Anerkennung der Ferien wurde grundsätzlich erreicht.

Gegen den Abban des Reichswirtschaftsrates haben auf Grund einer Entschließung des Bundesausschusses des VGH die Gewerkschaften der Reichsregierung und dem Reichstage folgendes unterbreitet: Der Abban des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates hat für die Vertretung der wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Interessen der Arbeiter eine unhaltbare Lage geschaffen, die mit längerer Dauer immer unerträglicher wird. Ueber zwei Drittel der Mitglieder des Reichswirtschaftsrates sind seit Beginn des Jahres ihrer Rechte beraubt und von jeder Mitarbeit ausgeschlossen. Den Ausgeschlossenen, die noch tagen dürfen, ist das Recht der Initiative genommen. Plenarsitzungen haben seit länger als Jahresfrist nicht stattgefunden. Die wichtigsten Wirtschaftspragen werden entschieden, ohne die in der Vertretung des Reiches vorgehene Mitwirkung des Reichswirtschaftsrates. Mehrere Gesetzesvorlagen, die ihm früher zur Begutachtung unterbreitet wurden, hat die Reichsregierung unerledigt wieder zurückgezogen. Die längere Aufrechterhaltung dieses Zustandes ist unvereinbar mit Artikel 165 der Reichsverfassung. Auch der Hinweis auf erforderliche Einsparnisse im Reichshaushalt kann einen solchen Dauerzustand nicht rechtfertigen, da der Vorläufige Reichswirtschaftsrat bereits im November 1923 der Reichsregierung in seinem Gutachten über die endgültige Gestaltung des Reichswirtschaftsrates den Weg gezeigt hat, eine dem Artikel 165 der Reichsverfassung ent-

sprechende gesetzliche Vertretung mit wesentlich verminderten Kosten zu schaffen. Der Bundesausschuß des VGH, erhebt die dringende Forderung an die Reichsregierung und den Reichstag, dem gegenwärtigen unwürdigen Zustand den bezimerte und entrechtete Vorläufige Reichswirtschaftsrat darstellt, baldigt ein Ende zu machen und ein dem Gutachten des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates entsprechende Gesetz über den endgültigen Reichswirtschaftsrat ungesäumt zu beschließen, bis dahin aber die für die volle Arbeitsfähigkeit des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates erforderlichen Etatmittel zu bewilligen.

Literarisches.

„Die Arbeit.“ Das erste Heft dieser neuen wissenschaftlichen Zeitschrift für die Gewerkschaftsbewegung (Verlagsgesellschaft des VGH) liegt nunmehr vor. In dem Einführungsaussatz „Der Weg der Gewerkschaften“ entwickelt der Redakteur der „Arbeit“, Gotthard Erdmann, das Programm der neuen Zeitschrift im Zusammenhang mit der Erweiterung des Aufgabekreises der Gewerkschaften. Der Vorsitzende des Deutschen Solgarbeiterverbandes, Fritz Larnow, bespricht die „Wandlungen im Tarifvertragswesen“. Er wendet sich gegen das Ueberwachen der staatlichen Bureauratie im Schlichtungswesen und tritt ein für den vollkommenen Ausbau des tarifvertraglichen Schlichtungswesens im Sinne der tarifvertraglichen Selbstverwaltung. Der Altmeister der geschichtlichen Erforschung der Gewerkschaftsbewegung, Professor Lujo Brentano, behandelt „Die deutschen Gewerkschaften nach dem Versailler Friedensvertrag“ und stellt eine Reihe von Forderungen an die Gewerkschaften. Der Herausgeber der Zeitschrift, Theodor Leipart, kennzeichnet „Die Stellung der Gewerkschaften in der internationalen Arbeiterbewegung“ und legt die Beziehungen der Gewerkschaften zu den politischen Arbeiterpartei dar. Der Dozent an der Hochschule für Politik, Karl Wenzel, untersucht „Die Kulturbeziehung des Achtstundentages“ und prüft die Frage, auf welchen eigenen Wegen die Arbeiter die innere und äußere Form für ihr Verlangen nach einer tieferen Anteilnahme an der Kulturgemeinschaft finden könnten. Der bekannte Vorkämpfer der Gemeinwirtschaft, Dr. Martin Wagner, fordert in einem programmatischen Aufsatz „Gemeinwirtschaftspolitik“ die Schaffung eines wirtschaftlichen Generalstabes, der die Partei, die Gewerkschaften und die Genossenschaften zu einer einheitlichen Kampfkraft aufeinanderfaßt. In der „Rundschau der Arbeit“, die sich den Aufsätzen anschließt, wird der Versuch unternommen, in wanzeliger Folge aus dem weiten Kreise gewerkschaftlicher Probleme wie der für die Zukunft der Gewerkschaften und kulturellen Fragen Ueberblicken zu geben, die in großen Zügen die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung und aller für ihre Aufgaben wesentlichen Gebiete fortlaufend verfolgen sollen. Wir wünschen, daß die Zeitschrift in Gewerkschaftskreisen die weiteste Verbreitung findet.

Vom 3. bis 9. August ist die 32. Vertragswoche.

Vereinstell.

Bericht der Hauptklasse für Monat Juli.

Eingekandt haben: Altenburg 100 M., Apolda 86,86, Bamberg 215, Berlin 3000, Brandenburg 300, Braunschweig 350, Bremen 1300, Breslau 520, Cassel 1150, Chemnitz 1900, Erfeld 100, Darmstadt 700, Dessau 325, Dortmund 750, Duisburg 100, Eisenach 200, Ebing 40, Emden 100, Gschwege 392,20, Essen 800, Flensburg 150, Forst 200, Frankfurt a. M. 500, Frankfurt a. d. O. 200, Friedberg 450, Fürstenwalde 52,50, Gera 200, Gölzig 250, Gotha 400, Göttingen 200, Guben 70, Hannover 1099, Heilbronn 100, Herford 150, Hildesheim 400, Hof 70, Ingolstadt 60, Kiel 500, Köln 2532,11, Königsberg 1800, Konstanz 77,26, Köslin 180, Kulmbach 140, Leipzig 1700, Liegnitz 100, Lübeck 300, Lützenwalde 90, Lüneburg 85, Magdeburg 1050, Mannheim 400, Meerane 180, München 1250, Moers 100, Naumburg 130, Neisse 75, Neustrelitz 100, Neustadt 42,36, Nürnberg 1160, Oberstein 22, Osnabrück 200, Passau 100, Prenzlau 50, Rendsburg 111,54, Regensburg 130, Rostock 500, Schmerrin 200, Solingen 22, Spremberg 50, Stolp 90, Stuttgart 600, Trier 20, Waldenburg 120, Weimar 200, Werda 80, Wilhelmshaven 170, Wismar 112, Wolfenbüttel 50, Worms 250, Würzburg 100 und Zeitz 215,37. S. Petrich, Kassierer.

Anzeigen
*** Malergehilfen ***
saubere, selbständige Arbeiter, stellen ein
Jessen & Christiansen, Flensburg, Grosefstraße 42.

Badische Landes-Malerfachschnle
Karlsruhe i. B.
Semesterbeginn: 1. Oktober 1924.
Schluss der Anmeldungen: 1. Septbr. 1924.
Prospekt durch die Direktion.

Du
es sagt's ein Kollege dem andern, das wirtschaftliche, neu verbesserte Lackier- und Polierverfahren bleibt das „IFU“-Verfahren (früher Wumpa) f. die Lackierpraxis, eint., leicht ausführbar, vollständig wasserrecht — ohne staubfreie Räume und Schellack — glasähnliche Flächen, einmalige Abfindung f. d. Originalgeheimchrift G.-M. 10.—

Ein neuer Erfolg
ist ferner mein „IFU“-Weisslackierverfahren, das beste in Qualität, das rationellste in seinen Flächen, politurähnlicher Verlauf des Lackes. Erübrigt alle Spargründe u. ölfreie Grundiermittel u. ist desh. das billigste.

„IFU“-Verfahren
Originalgeheimchrift.-Abfindung G.-M. 10.— Für d. Bezug d. beiden Systeme zus. gebe ein drittes Verfahren für Seidenglanzmatte schiff gratis.

Bei Alleinbezug G.-M. 10.— Rasche, matte Flächen, garantiert spiegelglatt, rationell vollwertigste staubfreie Arbeit. Einzahll. Postcheck-Konto Nürnberg 37306
„IFU“-Vertrieb Nürnberg
Lauftortgraben Nr. 2
JULIUS FUHR